

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanzmärkte machen keine Sommerpause, die Parlamente schon. Entsprechend gibt es trotz einer Doppelausgabe des Newsletters diesmal in Sachen Finanztransaktionssteuer wenig von der Regulierungsfrent zu berichten. In den Finanzministerien wird zwar weiter an der "Verstärkten Zusammenarbeit" zur Einführung einer teil-europäischen Finanztransaktionssteuer gearbeitet. Offiziell gibt es aber noch keine konkreten Ergebnisse zu vermelden. Mehr zum weiteren Prozess in diesem Newsletter.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Fortgang bei der "Verstärkten Zusammenarbeit"
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

### **Entwicklungen im Inland:**

16. August: [Heike Makatsch](#) wirbt in einem Video erneut für eine Finanztransaktionssteuer: "Eine schwere Geburt"!

30. Juli: Die CDU-Abgeordnete [Antje Tillmann](#) hält nicht viel von der Finanztransaktionssteuer, stimmt wegen der Stimmung in der Bevölkerung aber trotzdem dafür.

11. Juli: Europa-Abgeordneter [Burkhard Balz](#) (CDU) sieht "riesige Probleme" bei der geplanten Finanztransaktionssteuer.

1. Juli: Laut einer von der SPD beauftragten Studie des [DIW](#) könnte eine Finanztransaktionssteuer für Deutschland Einnahmen von rund 11 Mrd. Euro einbringen - ohne [Kleinsparer](#) nennenswert zu belasten.

### **Entwicklungen im Ausland:**

8. August: [Südkorea](#) will ab 2016 eine neue Transaktionssteuer auf Teile des Derivatehandels erheben.

6. August: EZB-Direktoriumsmitglied [Benoit Coeure](#) ist skeptisch gegenüber einer Finanztransaktionssteuer im Euroraum.

1. August: In [Frankreich](#) wird die im Frühjahr beschlossene Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen ab sofort erhoben. Präsident Hollande hatte nach seiner Wahl noch eben den [Steuersatz verdoppelt](#) und will die [Steuerbasis](#) noch weiter ausdehnen.

27. Juli: Bei der [19. Internationalen Aids-Konferenz](#) in Washington sprechen sich tausende Aktivisten für eine Finanztransaktionssteuer aus.

27. Juli: [Deutschland und Polen](#) würden gemeinsam für eine Finanztransaktionssteuer kämpfen, so CSU-Chef Horst Seehofen bei einem Besuch in Polen.

9. Juli: Das [ungarische Parlament](#) stimmt dem Gesetzentwurf für eine nationale Steuer auf Finanztransaktionen zu. Diese Steuer hat jedoch [nichts](#) mit der von der Kampagne unterstützten Finanztransaktionen gemein, denn sie besteuert z.B. Banküberweisungen und nicht den Handel mit Finanzprodukten und ist bei 6000 Forint (20 Euro) pro Transaktion gedeckelt.

6. Juli: Ein [UN-Report](#) fordert neben einer Vermögensteuer und einer CO2-Steuer auch eine Finanztransaktionssteuer als Mittel zur globalen Armutsbekämpfung.

## Finanztransaktionssteuer via "Verstärkte Zusammenarbeit"

Nachdem die EU-weite Finanztransaktionssteuer Mitte Juni im Ecofin durchgefallen ist, strebt nun etwa ein Dutzend EU-Staaten die Steuer über den Weg einer "Verstärkten Zusammenarbeit" an. Dahinter steckt ein europarechtliches Verfahren, über das eine Koalition von Mitgliedstaaten ein Projekt, das auf gesamteuropäischer Ebene definitiv gescheitert ist, im kleineren Rahmen umsetzen kann. Das Verfahren ist streng formalisiert. Der weitere Fahrplan sieht im Detail folgendermaßen aus:

1. Brief an die Kommission: Eine Koalition von mindestens neun Staaten muss in einem gemeinsamen (oder in einzelnen Briefen) die Aufnahme einer Verstärkten Zusammenarbeit beantragen. In diesem Brief müssen grob die Eckpunkte des geplanten Projekts umrissen werden. Wir erwarten hierbei eine allgemeine Finanztransaktionssteuer, d.h. möglichst alle Finanzprodukte sollen besteuert werden. Eine Schmalspur-Finanztransaktionssteuer, wie kürzlich in Frankreich eingeführt, soll nach unseren Informationen nicht das Ziel sein. Die Frage nach der konkreten Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer stellt sich in diesem Stadium jedoch noch nicht, es geht nur um den Startschuss für offizielle Verhandlungen. Anfangs dürfte etwa ein Dutzend Staaten - neben Deutschland auch Frankreich, Spanien und Italien - den Antrag unterstützen. Im Zuge der Verhandlungen können sich weitere Staaten anschließen. Der besagte Brief wird wohl noch im September bei der Kommission eingehen.
2. Das Europäische Parlament muss der Aufnahme des Verfahrens zustimmen. Es wird voraussichtlich keine Steine in den Weg legen. Allerdings wird die Freigabe gut zwei Monate benötigen.
3. Der Europäische Rat muss dann mit qualifizierter Mehrheit (75 % der Stimmen, 62 % der Bevölkerung) das Vorhaben billigen. Ein einzelner Staat (z.B. Großbritannien) kann das Verfahren damit also nicht stoppen. Die Regierungen müssen bei der Abstimmung nicht entscheiden, ob sie bei der Einführung selbst dabei sein werden oder nicht, es geht nur um ein grünes Licht für das Verfahren. Falls einige unentschlossene Staaten sich enthalten sollten, könnte das Vorhaben knapp durchfallen. Deshalb hoffen wir auf Einsicht oder politischen Druck in Ländern wie Polen oder den Niederlanden.
4. Nach Billigung durch den Rat können die offiziellen Verhandlungen um die Details beginnen - voraussichtlich erst 2013. Die Kommission hat dafür einen Vorschlag zu unterbreiten, der Grundlage der Verhandlungen sein wird und vermutlich sehr nah am bisherigen Vorschlag liegen dürfte. Üblicherweise dauern solche Verhandlungen eher Jahre als Monate. Bei der Finanztransaktionssteuer soll es aber deutlich schneller gehen. So hat die Bundesregierung als entsprechendes Signal für das nächste Jahr Mittel für die Verwaltung der Steuer in den Haushaltsplan eingestellt. 2014 sollen aus der Steuer mindestens zwei Milliarden Euro vereinnahmt werden.

Über die Einnahmenverwendung wird vermutlich erst ganz am Ende entschieden - und dies auf nationaler Ebene. Die neue französische Regierung hat bereits intern verlauten lassen, dass sie einen Teil

der Einnahmen (10 oder 20 %) für Entwicklungshilfe verwenden will. Die Bundesregierung lehnt eine solche Zusage weiterhin ab.

## Neue Studien und Stellungnahmen

### **DIW: Finanztransaktionssteuer - Ökonomische und fiskalische Effekte der Einführung einer Finanztransaktionssteuer für Deutschland**

Dorothea Schäfer und Marlene Karl vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben im Auftrag der SPD-Fraktion eine Studie zu aktuell diskutierten Aspekten der Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Unter anderem werden Hochrechnungen zum Aufkommen der Steuer durchgeführt, bei denen ein steuerbedingter Rückgang an Transaktionen zugrunde liegt. Zum anderen werden Auswirkungen auf bestimmte Akteursgruppen untersucht.

Um Umgehungsmöglichkeiten zu unterbinden, empfiehlt das DIW eine Kombination aus Sitzland-, Ausgabe- und Eigentümerprinzip, d.h. es würden alle Transaktionen von Finanzunternehmen mit Sitz in den besteuerten Staaten und mit sämtlichen in diesen Staaten ausgegebenen Finanzprodukten besteuert und die Rechtsgültigkeit der Transaktionen wäre an die Zahlung der Steuer geknüpft. Für Deutschland läge das Steueraufkommen aus einer Finanztransaktionssteuer, die im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit" mit 0,1 % auf Aktien und Anleihen sowie 0,01 % auf Derivate eingeführt würde, bei etwa 11 Milliarden Euro. Die gesamte Eurozone käme auf etwa vierzig Milliarden Euro. Bei einem einheitlichen Steuersatz von 0,05 % auf alle Finanztransaktionen wären die Einnahmen noch um einiges größer.

Die Steuerbefreiung von Transaktionen, die im Zusammenhang mit der privaten Altersvorsorge oder mit Geschäften von Kleinunternehmen stehen, hält das DIW nicht für notwendig. Es sollten auch keine Produktkategorien (z.B. Staatsanleihen) von der Steuer ausgenommen werden. Auch eine Steuererstattung für Personen mit niedrigem Einkommen hält das DIW nicht für sinnvoll, da weitgehend irrelevant.

Zur Studie:

[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.405812.de/diwkompakt\\_2012-064.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405812.de/diwkompakt_2012-064.pdf)

## Kampagnenaktivitäten

### **Neuer Videospot mit Heike Makatsch**

"Der Banker schreit und zetert. Noch auf dem Weg in den Kreißaal wehrt er sich mit Händen und Füßen. Doch seine Frau und der Arzt sind unerbittlich: Die Geburt ist längst überfällig, und schließlich erblickt die winzige 0,05 Prozent-Finanztransaktionssteuer das Licht der Welt. Keine einfache Geburt."

Mit prominenter Unterstützung von Heike Makatsch, Stephan Grossmann und Mark Waschke macht Oxfam in diesem viralen Film auf die „schwere Geburt“ der Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene aufmerksam und ruft dazu auf, die Einnahmen aus dieser Steuer für Entwicklung und Klimaschutz in armen Ländern zu verwenden. „Eine schwere Geburt“ ist bereits der zweite Film, in dem sich Schauspielerinnen Heike Makatsch als Darstellerinnen für die Finanztransaktionssteuer engagiert. 2009 spielte sie an der Seite von Jan Josef Liefers.

Zum Videospot:

<http://www.oxfam.de/schweregeburt>

### **Cartoon: Werner macht den Robin Hood**

Im Rahmen der von Oxfam koordinierten Karikaturen-Reihe "Malen fürs Zahlen" hat Brösel, bekannt für seine Comic-Figur "Werner", exklusiv für die Kampagne eine Zeichnung beigesteuert. Diese wurde am internationalen Tag der Jugend am 12. August veröffentlicht.

Für „Malen fürs Zahlen“ setzen bekannte Zeichnerinnen und Zeichner die Kampagnenfigur Robin Hood zu entsprechenden Welttagen in Szene und fordern, dass die Erlöse aus einer Finanztransaktionssteuer für weltweite Armutsbekämpfung und Klimaschutz eingesetzt werden.

Zum neuen Cartoon von Brösel:

<http://www.oxfam.de/news/120813-beinharte-ueberraschung>

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org) und auf [Facebook](#)

*Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.*